

# **Kurskorrektur erforderlich – für einen realistischen und wohlstandswahrenden Klimaschutz**

## **Positionspapier der CDU-Stadtratsfraktion zur gegenwärtigen Umsetzung des Klimaschutzes in Neuss**

Vorweg: Der menschengemachte Klimawandel ist real. Der Mensch verändert die Zusammensetzung der Atmosphäre und sorgt für eine Temperaturerhöhung mit immensen negativen Auswirkungen auf das Wetter, die Pflanzen, die Tierwelt und die Menschheit selbst.

Um die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, ist darauf hinzuwirken, den weiteren Ausstoß klimaschädlicher Gase zu reduzieren. Dies ist eine gigantische globale Aufgabe.

Die kaum übersehbare Größe der Aufgabe entlastet uns aber vor Ort nicht, unseren Beitrag beizusteuern. Ganz im Gegenteil.

Dahinter stehen wir als CDU-Fraktion aus voller Überzeugung. Wir wollen unseren Kindern und Kindeskindern eine gesunde Umwelt hinterlassen und die Schöpfung bewahren.

Um dieses Ziel zu erreichen, halten wir es für unumgänglich, das in Neuss beschlossene Integrierte Klimaschutzkonzept zu evaluieren und auf seine Effizienz und Zielsetzung hin zu überarbeiten.

Wir erinnern uns: 2019 und 2020 hat die sich leider inzwischen aufgrund ihres Antisemitismus selbst diskreditierte internationale Jugendbewegung Fridays For Future die Gefahren des Klimawandels in einer bisher nie dagewesenen Deutlichkeit artikuliert.

In Deutschland dominierte das Thema die Medien, den öffentlichen Diskurs und die Politik von der kommunalen Ebene bis hin zum Bund. Einige der Diskussionen bekamen leicht hysterische Züge, wie die Erklärungen des Klimanotstandes von manchen Kommunen zeigen. Für andere Kommunen wie auch bei uns in Neuss konnten die selbst gesteckten Ziele nicht hoch genug sein.

Klimaneutralität bis 2045? Nein, bis 2035 sollte es gelingen. Vollkommen unbeachtet blieben die rechtlichen kommunalen Möglichkeiten, die finanziellen Mittel und die Realisierbarkeit des Vorhabens.

Es zählten allein große Ziele. Aber ebenso hätte sich Neuss ein eigenes Mondfahrtprogramm geben können.

Denn die im daraufhin verabschiedeten Integrierten Klimaschutzkonzept (IKK) hinterlegten Maßnahmen eignen sich nicht im Geringsten, um dieses Ziel zu erreichen. Bis 2035 müsste Neuss jährlich 1.686.264 t CO<sub>2</sub><sup>1</sup> einsparen. Wenn alle IKK-Maßnahmen umgesetzt würden, würde man lediglich 42.174 t CO<sub>2</sub><sup>2</sup> Einsparungen erreichen.

---

<sup>1</sup> MdV 19/369/2023 S. 6 und IKK S. 13. Nach Definition Klimaneutralität IKK 1 t CO<sub>2</sub>/a pro Einwohner Stand 01.01.23 d.h. 2035 insgesamt 160.967 t CO<sub>2</sub>/a erlaubt. Aktueller Ausstoß: 1.847.231 t CO<sub>2</sub> /a. Differenz, d.h. eingespart werden muss entsprechend, 1.686.264 t CO<sub>2</sub>/a.

<sup>2</sup> MdV 19/369/2023 S. 6

Dies sind lediglich 2,5 % bis zum Ziel der Klimaneutralität.

Und nicht einmal im originär städtischen Bereich, also den Posten, den die Stadt direkt beeinflussen kann, wird durch das IKK die Klimaneutralität erreicht. Wo eigentlich eine Reduzierung um 90 % des CO<sub>2</sub> Ausstoßes erforderlich wäre, schafft das IKK maximal 37 %.

Auf dem Weg, die erreichbaren 2,5 % CO<sub>2</sub>-Einsparungen zu erzielen, werden alleine bis 2027 rund 100 Millionen Euro ausgegeben.

Es ist absurd. Wir geben in wenigen Jahren diese 100 Millionen Euro für einen breiten Fächer an wichtigen wie weniger sinnvollen Maßnahmen aus, ohne uns dem Ziel der Klimaneutralität auch nur ansatzweise zu nähern.

Die Schuld daran trägt nicht die Verwaltung, sondern die Politik mit einer unseriösen von der Wirklichkeit losgelösten Zielvorstellung. Es wurden Fantastereien als Realität ausgegeben. Niemand fragte, ob die Ziele überhaupt erreichbar sind und welche Bereiche unmittelbar oder mittelbar von der Kommune überhaupt gesteuert werden können. Und alle machten mit. Selbstkritisch müssen wir sagen: auch wir. Doch damit muss Schluss sein.

Es ist Zeit, die kommunale Klimaschutzpolitik vom Kopf auf die Füße zu stellen. Denn es bleibt weiter wichtig, den eigenen CO<sub>2</sub> Abdruck so gut es geht zu verringern und diese Maßnahmen wirksamer und förderlicher mit den Entwicklungen in Wirtschaft, Verkehr und Bauen zu verbinden.

Wo können wir also ansetzen?

Dafür sind aus unserer Sicht einige Anpassungen am aktuellen Klimaschutzkonzept nötig.

Am Beginn steht jedoch, dass wir uns ehrlich machen und feststellen: Das ausgegebene Ziel einer klimaneutralen Stadt bis 2035 ist schlichtweg unerreichbar. Nicht einmal ansatzweise kann es durch die kommunalen Mittel und die im IKK angesetzten Maßnahmen erzielt werden.

Wir werden in Neuss nicht allein die Welt retten, noch leuchtendes Vorbild für Deutschland, Europa oder global werden.

Konzentrieren wir uns also darauf, mit aller Ernsthaftigkeit unsere klimapolitischen Hausaufgaben zu machen.

### **Für einen Neustart braucht das Klimaschutzkonzept**

1. **realistische und damit überhaupt erreichbare Ziele** gerade für die Bereiche, die die Stadt Neuss auch beeinflussen kann.
2. **eine deutliche Fokussierung.** Das ganze Klimaschutzkonzept hat sich vollkommen verfranzt. Anstatt sich auf die Maßnahmen zu konzentrieren, die wirklich einen Effekt haben, werden zig Kleinstmaßnahmen parallel verfolgt, für die jetzt schon kein Personal da ist. Das muss geändert werden.

3. **ein klares Ziel auf CO2 Einsparung.** Denn manche der aktuell geplanten Maßnahmen mögen sozial-, bildungs- oder kulturpolitisch Sinn machen. Fürs Klima bewirken sie nahezu nichts. Sie binden Arbeitskraft, Geld und Aufmerksamkeit, die anderswo besser aufgehoben wären. Also: ran an die gewichtigen Herzstücke und weg vom klimapolitischen Kleinkram.
4. **ein schärferer Blick auf die Kosteneffizienz.** Denn auch beim Klimaschutz gilt. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Jeder eingesetzte Euro muss also ein Maximum an CO2 Einsparung bewirken. Gleichzeitig sollten die Maßnahmen im Fokus stehen, die zugleich finanzielle Einsparungen und Mehrerträge mit sich bringen (z.B. durch weniger Energieverbrauch, mehr Gewerbesteuererinnahmen etc.) und somit die finanziellen Spielräume der Kommune vergrößern.
5. **eine weitere Standardisierung des Berichtswesen und Controllings** der Klimaschutzmaßnahmen. Inzwischen gibt es neben dem IKK, aktualisierte Maßnahmensteckbriefe, Berichtsblätter, eine Finanzmatrix, ein separates, aber doch integriertes Mobilitätsentwicklungskonzept und eine Maßnahmentabelle. Dazu seitenweise Berichte der Verwaltung. Trotz aller Bemühungen, eine Einheitlichkeit herzustellen, finden sich im Detail teils sich widersprechende Angaben, scheinen manche Maßnahmen regelmäßig aktualisiert, manche seit 2021 nicht mehr angeschaut worden zu sein. Auch der wichtigste Punkt, die prognostizierte CO2 Einsparung, wird nicht stringent behandelt. In vielen Fällen wird diese (korrekterweise) gar nicht prognostiziert, bei anderen ist nicht ersichtlich, wie man überhaupt zu einem konkreten Ergebnis gekommen ist. Die Transparenz fehlt. Auch scheinen die Angaben der Einspareffekte in manchen Fällen zu hoch zu sein.

**Mit Blick auf die einzelnen Maßnahmen möchten wir daher folgende Vorschläge machen.** Vorweg möchten wir aber deutlich machen, dass wir damit eine neue Diskussion über einen zielführenden Klimaschutz in Neuss eröffnen möchten. Wir stehen also am Anfang und nicht am Ende des Diskussionsprozesses. Alternativvorschläge, Ergänzungen oder weiterführende Blickwinkel von der Verwaltung und anderen Fraktionen sind uns herzlich willkommen.<sup>3</sup>

- a) Die Maßnahmen „Förderung von 1.000 Thermographie-Untersuchungen im Jahr“ (ID Nr. 6) und das „Beratungsprogramm zu 1.000 Wohnungen/Jahr zur energetischen Sanierung“ (ID Nr. 7) zeigen deutlich, wie weit das IKK teilweise von der Wirklichkeit entfernt ist. Die Zahl der Thermographie-Untersuchungen wurde inzwischen auf 100 reduziert (10 %). Die Zahl der zu erstellenden Sanierungsfahrpläne wurde von 1.000 auf 25 reduziert. Dies sind 2,5 %. Da bleibt nicht mehr viel übrig.
- b) Die Maßnahmen ID Nr. 8 & 128 „Förderprogramm zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden“ sieht eine Förderung von 1€ je nachgewiesener Einsparung von 2 kWh Strom oder 5 kWh Wärme vor. Dafür will die Stadt 1 Mio. € ausgeben. An CO2 Einsparung soll diese Investition ca. 73 t/a erzielen. Aber mit Blick auf das geplante „Investitionskosten-Förderprogramm für die Industrie/Gewerbe“ (ID Nr. 76), das

---

<sup>3</sup> Die folgenden Einschätzungen beziehen sich maßgeblich auf die zur Ratssitzung am 15.12.2023 vorgelegten Berichte zum Stichtag 14.08.2023.

ebenso im Gesamtumfang von 1 Mio. € eine Förderung von 1 € bei Einsparung von 10 kWh Strom vorsieht, fallen deutlich die unterschiedlichen Förderbedingungen ins Auge. So sollen mit dem Industrieförderprogramm dann auch ca. 474 t CO<sub>2</sub>/a eingespart werden können. Bei einer 6,5-fachen CO<sub>2</sub>-Reduktion pro Euro bei der Industrie fragt man sich, warum sich nicht auf dieses Programm konzentriert wird, und dort dann direkt 2 Mio. € investiert werden. Gleiches gilt für das geplante „Förderprogramm zur Effizienzverbesserung für Privathaushalte“ (ID Nr. 109), das bei einem Gesamtumfang von 100.000 € eine Förderung von 1 € je nachgewiesener Einsparung von 2 kWh Strom verspricht. Damit soll 24 t CO<sub>2</sub>/a eingespart (hinsichtlich der Effizienz aber noch deutlich besser als ID 8 & 128) werden. Auch hier fragt man sich, warum das Geld nicht effizienter bei der Sanierung von Gewerbeimmobilien eingesetzt wird. Gerade auch weil der zu erwartende Verwaltungs- und Kontrollaufwand sowie die entstehenden Kosten bei kleinteiligen Förderprogrammen höher sein werden. Wenn das Ziel darin besteht, CO<sub>2</sub> einzusparen, sollte man sich darauf konzentrieren, wo am meisten CO<sub>2</sub> eingespart werden kann und nicht möglichst breit suboptimale Varianten verfolgen. Die Neusser Wirtschaft hat mit 63 % den größten Anteil am CO<sub>2</sub> Ausstoß unserer Stadt. Gleichzeitig hat sie selbst Interesse, ihre Energiekosten zu senken und gestaltet seit Jahren mit hohen Investitionen die Transformation zur größtmöglicher Energieeffizienz. Hier vertrauen wir einerseits auf die Kompetenz und die Verantwortung der Unternehmer und wollen die weitere win-win Situation für das Klima, die Wirtschaft und die Stadt selbst fördern.

- c) Der „Ausbau von Protected Bike Lanes“ (ID Nr. 17) hat sich schon als Sackgasse erwiesen. Ebenso der „Verkehrsversuch an der Sebastianusstraße“ (ID Nr. 18), auch die Freigabe von „Einbahnstraßen für den Radverkehr“ (ID Nr. 22) ist bereits durchgeführt und verspricht keine weiteren Verbesserungen. Ebenfalls scheint die „Einrichtung von Fahrradstraßen“ (ID Nr. 23) nach aktuellem Stand wenig zielführend zu sein. Einzig der Radschnellweg macht Fortschritte. Es ist offen, wie sich mit diesen eher homöopathischen Vorhaben der Anteil des Radverkehrs verdoppelt lässt. Gefährlich ist daher die teilweise in Verwaltung und Politik aufkommende Tendenz, die Verhaltensänderung der Bürger mit aktiven Maßnahmen gegen den PKW-Verkehr zu erreichen. Zur Akzeptanz des Klimaschutzes halten wir dies für den absolut falschen Weg.
- d) Die Maßnahme ID Nr. 21 „Förderung von sicheren und qualitativ hochwertigen Radabstellanlagen gerade an Haltestellen“ wurde von uns gefordert, um den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV/Rad zu erleichtern. Mit Blick auf die Investitionskosten von knapp 3,5 Mio. € und die jährlich steigenden konsumtiven Kosten bedarf das Projekt aber eine enge Evaluation, ob das Angebot wie erhofft von den Bürgern angenommen und genutzt wird. Gleiches gilt für die „Mobilitätsstationen“ (ID Nr. 26). Denn nur bei einer regen Nutzung hat die Investition auch einen positiven Effekt auf das Klima.
- e) Die erfolgte Einführung eines „Kombitickets ÖPNV für Kulturveranstaltungen“ (ID Nr. 27) für ca. 50.000 € Kosten im Jahr ist ein klassischer Fall von Etikettenschwindel. Unter dem Label Klimaschutz wird letztlich PR für die Kulturangebote betrieben. Nicht illegitim und für die Kultur im besten Fall förderlich, aber klimapolitisch in keiner Weise zielführend. Das Kombiticket und die erzielte Einsparung von CO<sub>2</sub> muss schnellstmöglich evaluiert werden.

- f) Die geplanten „Maßnahmen zur Preisreduzierung im ÖPNV“ (ID Nr. 29, 30) sind durch das Deutschlandticket und moderne Abrechnungsformate mittlerweile obsolet. Wichtig wäre es für die weitere Planungen im ÖPNV die Auswirkungen des Deutschlandtickets auf die Nutzung des ÖPNV in Neuss, die CO<sub>2</sub>-Reduktion und den Modal Split zu untersuchen.
- g) Die ID Nr. 31 zeigt, wie sehr sich die Verwaltung mit den vielen Einzelmaßnahmen verheddert. Mit Veranstaltungen rund um das Thema Klimaschutz sollten gezielt Unternehmen angesprochen werden. Bis auf einen „Zukunftskongress“ im Jahr 2022 und eine Veranstaltung zur Wärmeplanung im Jahr 2024 konnten jedoch aus Kapazitätsgründen keine weiteren Veranstaltungen durchgeführt werden. ID Nr. 135 zur „Teilnahme an Ökoprotit“ scheint hier ein ganzes Stück zielführender zu sein. Darauf sollte sich konzentriert werden.
- h) Es braucht keine eigene kommunale Broschüre „Nachhaltiges Bauen“ (ID Nr. 33). Die Bauvorschriften gelten landes- bzw. bundesweit und entsprechende Informationsangebote gibt es zur Genüge. Dass diese Broschüre aus Kapazitätsgründen bisher nicht umgesetzt werden konnte, ist daher kein Verlust, aber ein weiteres Beispiel für den verfranzten Maßnahmenkatalog.
- i) Die Maßnahme Energiemanagementsysteme für Unternehmen (ID Nr. 36 & 37) scheint mit einem CO<sub>2</sub> Reduktionspotenzial von über 8.000 t CO<sub>2</sub>/a eine der ertragreichsten Maßnahmen zu sein. Dennoch ist sie bisher nicht begonnen worden. Es stellt sich auch die Frage, warum in diesem vielversprechenden Bereich auf Kosten anderer nachgelagert wirksamer Maßnahmen nicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird.
- j) PR-Aktionen wie das „Jobradeln“ (ID Nr. 40) müssen hinsichtlich Effektivität und verwaltungsseitigen Arbeitsaufwand evaluiert werden. So soll das erfolgreiche „Stadtradeln“ (ID Nr. 41) 51 t CO<sub>2</sub>/a einsparen, Jobradeln nur 3 t CO<sub>2</sub>/a. Wobei 2023 auch nur insgesamt 71 Mitarbeiter sich beteiligt haben. Fraglich ist, welche von diesen tatsächlich sonst nicht mit dem Rad zur Arbeit fahren. Aktionismus wie der „Tanz der Straße“ (ID Nr. 43) für 32.000 € ist gänzlich zu streichen. Die nach ID Nr. 131 geplanten Kosten für eine PR-Kampagne für den Umweltverbund für 500.000 € (für die Jahre 2024-2026) gehört dringend hinsichtlich Zielsetzung und Effektivität hinterfragt.
- k) „Bike-Sharing mit Schwerpunkt Lastenräder“ (ID Nr. 47) wie auch das Car-Sharing sehen wir in den Händen von privaten Anbietern. Angebote der SWN sind eng hinsichtlich Nutzung, Rentabilität und tatsächliche CO<sub>2</sub> Einsparung zu kontrollieren.
- l) Eine grundsätzliche „Reduzierung des Stellplatzangebotes für PKW“ (ID Nr. 50) lehnen wir ab. Eine Umwandlung von Parkplätzen im Einzelfall kann nur dann erfolgen, wenn die Zahl der Parkplätze die Nachfrage übersteigt.
- m) Eine Reservierung von „öffentlichen Flächen für E-Fahrzeuge“ (ID Nr. 51) jenseits von Stellplätzen an Ladesäulen lehnen wir ab. Ebenso wie die „Erhöhung der

Gebühren für das Bewohnerparken“ (ID Nr. 52) und die „restriktivere Vergabe von Bewohnerparkausweisen“ (ID Nr. 53). Man gewinnt niemanden für den Klimaschutz, wenn man den Menschen ihr Leben absichtlich schwerer macht.

- n) Die Einrichtung eines „Wassertaxis“ (ID Nr. 64) gehört genaustens auf den Prüfstand.
- o) Die Etablierung eines „Betriebfuhrparks der Stadt Neuss mit E-Fahrzeugen“ (ID Nr. 68), wenngleich finanziell lohnenswert, ist klimapolitisch nicht durchgerechnet. Es wird aktuell damit argumentiert, dass Dienstfahrten klimafreundlicher würden, da keine privaten PKW genutzt würden. Dass dafür extra zusätzliche E-PKW angeschafft und unter erheblichen CO<sub>2</sub> Ausstoß gebaut werden müssen, wird in dieser Rechnung außer Acht gelassen.
- p) Es ist ein generelles Problem des IKK: Bei den meisten Maßnahmen kann nicht einmal eine nur geschätzte Auswirkung auf die CO<sub>2</sub> Reduktion seriös getroffen werden. Wiederrum manche Zahlen scheinen aus der Luft gegriffen. Am deutlichsten wird dies mit der „mission E – Kampagne für energiebewusstes Verhalten in der Stadtverwaltung“ (ID Nr. 87 & 88). Diese soll allein durch Werbung und Aktionen innerhalb der Verwaltung pro Jahr 2.480 t CO<sub>2</sub>/a einsparen. Das ist fast die Hälfte der gesamten Einsparung des IKK im Bereich Verwaltung. Wer in aller Welt glaubt das und meint, gerade die Auswirkungen einer Werbekampagne so konkret beziffern zu können? Solche Annahmen erhöhen nicht die Glaubwürdigkeit des ganzen Konzeptes. Ganz unabhängig davon: Aufgrund von Personalmangel ruht die Maßnahme seit 2022.
- q) Es ist ein Dilemma. Die „Erhöhung des Baustandards für ein klimaneutraleres Bauen“ (ID Nr. 101 & 102) führt in einer Umgebung, in der der Wohnungsneubau zum Erliegen gekommen und bereits sehr teuer ist, dazu, dass noch weniger Wohnungen zu noch höheren Preisen fertig gestellt werden. Gerade vor dem Hintergrund des Wohnungsmangels darf klimaschonenderes Bauen nicht zu weiteren Preissteigerungen führen. Für neue Klimastandards müssen andere kostentreibende Vorgaben abgesenkt werden.
- r) Ein weiteres Problem des IKK ist, dass bereits laufende oder auch abgeschlossene Maßnahmen mit aufgenommen wurden. Ebenso solche, die nur sehr mittelbar klimatische Auswirkungen haben. Ein Beispiel dafür ist der Austausch von „Gasfeuerstätten/ Thermen“ (ID Nr. 105) in den Wohnungen des Bauvereins am Ende ihrer Lebenszeit (!). Entschuldigung: Aber was soll sonst damit geschehen? Klimapolitisch hat das Investitionsvolumen von 1,2 Mio. € bei der Einsparung von einer mickrigen 1 t CO<sub>2</sub>/a (zur Investitionshöhe und den Klimaauswirkungen gibt es unterschiedliche Angaben in den Unterlagen. Auch das ist nicht gerade von Vorteil.) jedenfalls keinerlei Auswirkungen. Das IKK gehört von diesen laufenden Maßnahmen entschlackt.
- s) Die Versenkung von 1.000 Heizkörperthermostaten und 5.000 LED-Lampen (ID Nr. 107 & 108) für 27.500 € an Bedarfsempfänger ist eine weitere Maßnahme, die klimapolitisch wenig Sinn macht. Aus sozialpolitischen Gesichtspunkten scheint eine solche Schenkung durchaus eine Option sein, um Menschen im Bürgergeld vor zu hohen Stromkosten zu schützen. Aber ist dies eine kommunale Aufgabe? Über

die angedachte Verteilung ist zudem die tatsächliche Nutzung der Leuchtmittel und Thermostate nicht garantiert. Wie die Verwaltung auf die von ihr ermittelte Einsparung von 174 t CO<sub>2</sub>/a kommt, ist jedenfalls ein weiteres Mal offen. Die gleiche sozialpolitische Dimension hat die Maßnahme „Abwrackprämie“ (ID Nr. 109). Aber wie gesagt, sozialpolitisch wie auch klimapolitisch können solche Maßnahmen durchaus Sinn machen. Aber warum verfolgt man so einen verqueren Weg? Warum stattet man nicht seitens des Bauvereins gleich alle eigenen Wohnungen mit intelligenten Heizkörperthermostaten aus? Oder schafft für die GWG und andere ein Förderprogramm, damit diese ihre Wohnungen mit solchen Thermostaten flächendeckend ausstatten können. Dann kommt in der Summe tatsächlich was rum, der Einbau wird fachmännisch vorgenommen und eine hohe Anzahl von Haushalten profitiert von weniger Heizkosten.

- t) Neben dem eingerichteten Klimabeirat, dessen Wirken nach zwei Jahren auch eine Revision unterzogen werden muss, soll mit der geplanten Einsetzung eines Vereins „Klimapakt“ (ID Nr. 111) weitere 24.000 € ausgegeben werden. Wofür in aller Welt? Das Geld wird freilich jetzt schon verwendet, um die „bekannte“ Homepage [www.neusser-schützen-klima.de](http://www.neusser-schützen-klima.de) zu pflegen, die neben schlecht aufgelösten Bildern nur tote Links zu Projekten und Terminen verfügt. Sowas braucht niemand. Weg damit.
- u) Verschiedene Verbände und Initiativen rufen regelmäßig im Land, der EU oder global zu Aktionen für das Klima auf. Es ist sicher nicht kommunale Aufgabe, die Bürger mit zweifelhafter Wirkung zu Aktionen wie „Klima-Fasten“ (ID Nr. 112) oder „Bürgerschützen für das Klima“ (ID Nr. 113) aufzurufen oder das von verschiedenen Medien schon zigfach durchgeführte Format „Klimafreundliche Familie“ (ID Nr. 114) als kommunale Version durchzuführen und hier Arbeitszeit und Gelder zu investieren, die woanders besser aufgehoben sind.
- v) Es spricht selbstverständlich nichts dagegen, dass die VHS Angebote für Nachhaltigkeit und Klimawandel durchführt. Dass dafür ein hauptamtlicher Fachbereichsleiter und eine halbe Stelle Fachbereichsverwaltung eingestellt werden und zudem die Angebote der Klimabildung mit über 50.000 € ausgebaut werden sollen, ist aber verfehlt. Was auch andere so gesehen haben. Die Stellen wurden abgelehnt. Wir sehen es auch nicht als Aufgabe der Stadt an, zusätzliche „Angebote zum Klimawandel an Neusser Schulen“ zu schaffen (ID Nr. 119). Dass dieser Wunsch insbesondere von Fridays for Future zur Nachwuchsgewinnung geäußert worden ist, mag verständlich sein, macht das Vorhaben aber nicht richtiger. Die Gestaltung des Unterrichts ist schulinterne Angelegenheit. Wir haben großes Vertrauen, dass die Neusser Schulen die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Unterricht wie im weiteren Schulleben adäquat behandeln. Die Stadt hingegen sollte sich darauf konzentrieren, den erheblichen Energieverbrauch an den Schulen mit der Maßnahme „fifty-fifty“ (Nr. 80) zu reduzieren und hier Schüler und Lehrer mit einbinden. Eine Maßnahme, die übrigens aufgrund von Personalmangel bisher auch noch nicht anlaufen konnte. Ein weiteres Beispiel für den verfranzen Zustand des IKK. Dass unter der Maßnahme Nr. 119 bisher nur ein zweiteiliger Workshop zum Thema PV-Anlagen auf Dächern an einer (!) Neusser Schulen durchgeführt worden ist, erschließt sich noch weniger.

- w) Fokussiert auf einkommensschwache Haushalte schlägt die Verwaltung eine „Energieberatung“ (ID Nr. 120 & 121) in den Räumen des Sozialamtes vor, die jährlich 42.000 € kosten soll. Auch wenn diese Beratung vom Land getragen wird, stellt sich die Frage, wie eine solche Beratung ohne einen Blick in die Wohnung des Hilfesuchenden zu werfen, zielgenau funktionieren soll. Allgemeine Informationen, wie Energie gespart werden kann, ergibt eine einfache Google-Suche mit über 800.000 Treffern in 0,48 Sekunden... Auch hier bleibt es ein Geheimnis, wie die Verwaltung den konkreten Einspareffekt der Maßnahmen von 376 t CO<sub>2</sub>/a errechnet haben will. Übrigens: Im Jahr 2023 wurde ein ganzer Beratungstermin angeboten. Wow. Dieser wurde in der Presse, der Homepage und den sozialen Medien von der Stadt eifrig beworben. Trotzdem gab es **keine** Anmeldung zu dem Beratungstermin. Was soll man noch dazu sagen. Gut gemeint, aber am Ziel vorbei konzipiert und offensichtlich keine Nachfrage. Da auch hier wieder von der Abgabe von Thermostaten und Leuchtmitteln gesprochen wird, muss auch hier beantwortet werden, ob sich die Angaben inklusive der Maßnahmen Nr. 108 & 109 verstehen und doppelt angerechnet werden.
- x) Das Förderprogramm ID Nr. 134 für „Balkonkraftwerke“ ist für 2023 in Höhe von 40.000 € offensichtlich ausgeschöpft worden. Entsprechend ist es zu eruieren: Wie viele Haushalte mit Wohnberechtigungsschein (WBS) und wie viele Haushalte ohne WBS haben die Förderung beantragt? Wie hoch sind die Verwaltungskosten und Bewerbungskosten des Förderprogramms? Wie viel CO<sub>2</sub> lässt sich rechnerisch durch die Balkonkraftwerke einsparen?
- y) Bei der Gewerbeflächenvergabe leitet die Stadtverwaltung regelmäßig umfangreiche und detaillierte Klimaschutzmaßnahmen aus dem IKK ab und integriert diese in die Kaufverträge wie z.B. Insekten- und Bienenhotels, großflächige Biotope, Fassadenbegrünung, PV-überdachte Parkplätze etc. und belegt eine Nichterfüllung mit hohen Strafzahlungen. Wir wollen wissen, woraus die Verwaltung diese Ableitungen trifft und wie die Anzahl und Größe der Maßnahmen ermittelt und beziffert werden? Die Grundstücksverkäufe der Stadt Neuss an Unternehmen sind an einem historischen Tiefstwert angelegt und bereits beschlossene Verkäufe werden rückabgewickelt oder Kaufverträge werden nicht abgeschlossen wegen der überzogenen Maßnahmenanforderungen.

Als Fazit steht für uns fest: Wir brauchen nicht viele Kleinstmaßnahmen, die wir eh nicht alle parallel bearbeiten können, sondern müssen uns auf die dicken Fische konzentrieren.

**Im Fokus sollte daher aus Sicht der CDU die wirksamsten Maßnahmen stehen:**

- die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden
- die Umrüstung der Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften
- die bessere Verbrauchssteuerung
- die Installation von Photovoltaik auf städtischen Gebäuden
- die Attraktivierung des ÖPNV und des Radverkehrs, ohne aber eine Politik gegen das Auto zu machen. Ebenso die Attraktivierung von Schiene und Wasserwegen für den Güterverkehr.
- die Aufforstung
- die Konzentration kommunaler Förderprogramme auf unsere heimische Wirtschaft. Denn hier wären durch die Investitionen nicht nur die höchste Reduzierung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes pro investierten Euro zu erwarten, sondern würden diese den



Wirtschaftsstandort Neuss, die Arbeitsplatzsicherheit und damit auch die städtische Leistungsfähigkeit für weitere Investitionen in den Klimaschutz insgesamt stärken.

Die CDU-Fraktion lädt alle demokratischen Fraktionen und die Verwaltung ein, ihre eigenen Ideen mit in den weiteren Diskussionsprozess einzubringen, um die Effektivität des Klimaschutzes in Neuss zu verbessern.